

2017-02-15

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt und des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus am 25.10.2016

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Gebhardt, Roland entschuldigt
Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion der SPD

Tschammer, Hans entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt
Meier, Klaus entschuldigt

Verwaltung

Schlonski, Christiane entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Ausschussvorsitzenden** begrüßten die Ausschussmitglieder und Gäste.

Herr Schönemann stellte die form- und fristgemäße Einladung für den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt fest. Dazu gab es keinen Widerspruch. Außerdem stellte er die Beschlussfähigkeit fest. Es waren acht Stadträte anwesend.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus stellte im Anschluss die form- und fristgemäße Ladung seines Ausschusses fest. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest, es waren sieben Stadträte anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Schönemann und **Herr Mau** stellten die jeweilige Tagesordnung der Ausschüsse zur Abstimmung.

Herr Schönemann und **Herr Mau** stellten die jeweilige Tagesordnung der Ausschüsse zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt **8 : 0 : 0**

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus **7 : 0 : 0**

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt **8 : 0 : 0**

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus **7 : 0 : 0**

3 Einwohnerfragestunde

Günther Ringenspacher, Gustav-Jeuth-Straße 1 nahm Bezug auf die Bedeutung des bestehenden Mahnmals hinsichtlich der Umgestaltung der Kavallerstraße und der Errichtung des Bauhausmuseums. Er fragt sich, ob das Mahnmal der Opfer des Faschismus durch das Bauhausmuseum hervorgehoben würde oder an Bedeutung verliere.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, antwortete, dass es in der Ausschreibung zum Bau des Bauhausmuseums das Denkmal berücksichtigt wurde und am Standort unter Schutz stehe. Nach bisheriger Lesart werde das Denkmal nicht beeinträchtigt und es gebe keinerlei Bedenken, diese Art des Denkmals in Frage zu stellen.

Weitere Anfragen durch Einwohner wurden nicht hervorgebracht.

4 Öffentliche Anfragen und Informationen in der gemeinsamen Sitzung

4.1 Vorstellung der Maßnahmenbewertung innerhalb der Fortschreibung Verkehrsentwicklungsplan

Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte dass ein Planungsbüro mit der Umsetzung beauftragt wurde.

Herr Ohm, Planungsbüro ivas (Ingenieurbüro für Verkehrsanlagen und –systeme), informierte über den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Dessau-Roßlau, stellte konkret die Maßnahmenbewertung vor und ging besonders auf die Verkehrsuntersuchungen und Wirkungsanalysen im Straßennetz ein.

Die Präsentation liegt als Anlage 2 der Niederschrift bei.

Das Büro hat bereits im Verlauf des VEP-Prozesses über die Ergebnisse der Stufen I und II, berichtet. Dies sind die Analyse und das Bestandsverkehrsmodell sowie die Verkehrsprognose. Nunmehr folgten Informationen zu den Verkehrsuntersuchungen und Wirkungsanalysen im Straßennetz sowie die Herausarbeitung und Bewertung zielführender Maßnahmen. Der nächste Schritt in der Bearbeitung ist die Zusammenstellung der wirksamen Maßnahmen zu einem Handlungskonzept, Ableitung von Prioritäten, kommunalpolitische Diskussion und Beschlussfassung.

Herr Ohm informiert in diesem Zusammenhang außerdem noch darüber, dass sowohl die Abkröpfung der großzügigen Einschleifung am Knotenpunkt Askanische Straße mit der Bundesstraße als auch die potenzielle Absenkung der Bundesstraße bzw. den Bau einer Unterführungsbauwerkes als potentiell positive Maßnahmen zu bewerten seien. Er betonte, dass bei dem Projekt der Straßenabsenkung es der Sicherung der Maximalförderung bedürfe, aber dafür der städtebauliche Nutzen riesig wäre.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass die Stadträte keine Möglichkeiten gehabt hätten sich mit diesem Thema ausreichend zu beschäftigen, da keine entsprechenden Unterlagen zugestellt worden seien. Er regte an eine separaten Sitzung zu diesem Thema abzuhalten und zu deren Vorbereitung alle entsprechenden Unterlage zu erhalten.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, entgegnete, dass er diese Art der Information als ausreichend erachte und dieses Thema in entsprechendem Umfang in die normale Beratungsrunde eingespeist werde. Eine fachliche und sachliche begleitende Diskussion müsse natürlich professionell und objektiv anhand von Fakten geführt werden.

Herr Hartmann, Mitglied der Fraktion der SPD, führte aus, dass die Aufgabe dieser Bewertung gewesen sei, aufzuzeigen, dass manche Bau- und Planungsprojekte kritisch zu überdenken und gegebenenfalls anzupassen sind. Nun müsse man sich den neuen Entwicklungen in der Stadt befassen und sich gegebenenfalls auch neu ausrichten. Abschließend stellte er die Frage, wann in etwa der Abschluss der Maßnahmenbewertung innerhalb der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes sei.

Herr Ohm antwortete, dass er nach den abschließenden Diskussionen mit den Fachämtern Ende Februar mit dem Ende der Bewertung rechne. Nach diesem Zeitpunkt würde es zu einer Zusammenfassung im kommunalpolitische Diskussion wäre.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, fragte nach, ob die verkehrstechnische Analyse den vierspurigen Ausbau der Mannheimer Straße nicht rechtfertige. **Herr Ohm** bejahte, dass die bisherigen Fakten und das Verkehrsaufkommen dieses Vorhaben nicht ausreichend rechtfertigen würden.

Herr Meister schlug vor, dass im Verlauf der letzten Stufe der Bewertung ein gewisser zeitlicher Spielraum in der Entscheidungsfindung und der Beratung erfolge. Es solle der Politik und den Stadträten die Zeit gegeben werden, um eine qualitative Entscheidung treffen zu können.

Herr Schönemann gab an, dass es zum Thema Verkehrsentwicklungsplan einen extra Beratungstermin befürworte. Bei diesem könnte diskutiert werden, welche Auswirkungen die Ergebnisse der Maßnahmenbewertung auf zukünftige Bauvorhaben haben. Er strebe hierbei eine gemeinsame Diskussion mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus an.

Frau Müller, CDU-Fraktion, merkte an, dass sie es als hart empfinde, wenn das Tempo in der Luchstraße und Magdeburger Straße in Roßlau, als Teile der Bundesstraße mit einem entsprechend starken Verkehrsaufkommen, auf 30 Kilometer pro Stunde reduziert werde. **Herr Schönemann** antwortete, dass diese Frage auch im Rahmen des von ihm vorgeschlagenen spezifischen Beratungstermins diskutiert werden solle. Er regte in diesem Zusammenhang an, dass die einzelnen Fraktionen dafür entsprechend konkrete Fragestellungen und Problemstellungen einbringen sollten.

Herr Otto verwies darauf, dass er erst die entsprechenden Unterlagen benötige. **Herr Schönemann** sicherte dies zu, da das Grundlage für die Vorbereitung und Positionierung in den einzelnen Fraktionen wäre.

4.2 Informationen zur Umsetzung Masterplan Bauhaustadt

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, informierte über die Infrastrukturmaßnahmen und die Organisation zur Umsetzung des Masterplanes innerhalb der Verwaltung. Er teilte mit, dass für die mögliche kuratorische Ausgestaltung des Jubiläums momentan Gespräche mit der Bauhausstiftung geführt würden und wahrscheinlich bis Dezember ein entsprechender Plan ausgearbeitet werde.

Die entsprechende Präsentation ist in Anlage 3 beigefügt.

Herr Dr. Reck informierte darüber, dass im Moment sechs Maßnahmen im Rahmen der touristischen Infrastruktur geplant seien. Die Maßnahme des Besucherinformationssystems sei bereits zu großen Teilen umgesetzt und für das Gesamttouristische Leit- und Informationssystem fänden im Moment enge Gespräche mit einem beauftragten Büro statt. Er führte weiter aus, dass es bei der Maßnahme bezüglich der Verbindung der touristischen Orte und überregionalen Radwege bald ein Gespräch mit dem Fördermittelgeber gebe. Im November

solle hierbei mit dem Land geklärt werden, in wie fern hier Rad- und Fußwege gefördert werden könnten. Bei der Kostenkalkulation sei für das Jahr 2017 von der Planung und 2018 von der Umsetzung der Maßnahmen ausgegangen worden. Er teilte weiter mit, dass demnächst das überarbeitete Tourismuskonzept eingebracht werden werde.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bemerkte, dass die strukturelle Neugliederung im Abstimmungsprozess der einzelnen Maßnahmen positiv sei und das hier einen Qualitätssprung gebe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau, merkte an, dass er bereits vor der Sommerpause vom Oberbürgermeister Herrn Kuras einen Maßnahmenkatalog zum Bauhausjubiläum für die Stadträtegefordert habe und verwies auf die Dringlichkeit und den zeitlichen Verzug für das Einstellen von Maßnahmen in den Haushalt. Er merkte in diesem Zusammenhang an, dass er hier auch die Sanierung der Fassade des Kornhauses sähe. Er fragte, ob die gezeigte Präsentation den Maßnahmenkatalog darstelle. **Herr Dr. Reck** antwortete dass es sich bei der Präsentation noch nicht um einen Maßnahmenkatalog handele. Er führte weiter aus, dass im Dezernat IV ein Maßnahmenkatalog zu den GRW-Maßnahmen erstellt wurde und dieser mit dem Fördermittelgeber abgestimmt werde. Er stimmte zu, dass Ideen aus dem politischen Raum gesammelt und spätestens beim nächsten Kulturausschuss eingebracht werden müssten.

Herr Schönemann erbat sich, dass das vorläufige Raster dieses Maßnahmenkataloges ihm und den übrigen Fraktionen bzw. den Mitgliedern der Ausschüsse zur Verfügung gestellt werde, damit entsprechende Ideen eingebracht und beachtet werden könnten, da dies elementar für die Haushaltsplanung sei. **Herr Dr. Reck** sicherte zu, dass der GRW-Masterplan zugänglich gemacht und gleichzeitig an der Vorlage des Tourismuskonzeptes gearbeitet werde, in welchem im Anhang die entsprechenden Maßnahmen aufgelistet seien.

Herr Schönemann würde diesen Aspekt soweit in die Thematisierung zu setzen, als dass es in den nächsten Ausschusssitzungen eine sachlich konstruktive Diskussion geben müsse. **Herr Hartmann, SPD-Fraktion,** führte aus, dass einige Projekte sowohl im Masterplan Bauhausstadt als auch in der Landesgartenschau enthalten seien und im Februar eine parallele Arbeit vorgenommen werden könnte, wenn Dessau-Roßlau Ausrichter der selbigen würde. Die Fördermittelüberlegungen müssten also entsprechend in beide Richtungen gehen. Er fragte, was es in diesem Zusammenhang für Überlegungen bereits gäbe. **Herr Dr. Reck** antwortete dass die Arbeit an den einzelnen Großereignisse in logischer und abgestimmter Form erfolge und die Fördermittelanwerbung für die LAGA Projekte parallel geschehe.

Herr Schönemann bedankte sich für die Ausführungen und ergänzte, dass die Arbeit der einzelnen Akteure in letzter Zeit so qualitativ hochwertig sei und der Sachstand recht zufriedenstellend ist.

4.3 Vorstellung Planungsstand Bauhausmuseum

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte **Herrn Assmann, Leiter der Bauabteilung der Stiftung Bauhaus Dessau (SBD).**

Herrn Assmann bedankte sich für die Begrüßung und verwies an dieser Stelle darauf, dass die symbolische Grundsteinlegung am 4. Dezember 2016 erfolge und sprach eine entspre-

chende Einladung aus. **Herr Otto, Mitglied der Fraktion Pro Dessau-Roßlau und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fragte ob dieses Ereignis am 3. und 4. Dezember sei. **Herr Schönemann** antwortete, dass am 3. Dezember der 90. Geburtstag des Bauhausmuseums in den vierten hineingefeiert werde, an welchem die Grundsteinlegung erfolge.

Er stellte als nächstes den Genehmigungsplanung des Bauhausmuseums mit Stand 23. Oktober 2016 vor.

Die Präsentation ist als Anlage 4 beigefügt.

Der Bauantrag solle im November final eingereicht werden, so **Herr Assmann**. Es habe aber Änderungen ergeben. Er erläuterte, dass der Personen- und Ausstellungsgüterverkehr zwingend über die Friedrichstraße und einen Stichweg in den Stadtpark erfolgen müsse. Neu sei auch die Schaffung eines durchgehenden Kellergeschosses zwischen den beiden Pylonen. Die Verkehrsflächen des Gebäudes seien aus Gründen der Wirtschaftlichkeit etwas niedriger geworden und die Nutzflächen gleich geblieben. Es wurde im Erdgeschoss bewusst auf den Einbau fester Wände für die Wechselausstellung verzichtet worden, um den offenen Charakter des Hauses zu erhalten. Aus versicherungstechnischen Gründen mussten die Räume für die Wechselausstellungen nah an der Logistik positioniert werden. Damit sei auch der Eingang von der Ratsgasse weiter nach Süden verlagert werden. Neben Wechselausstellungen können im Erdgeschoss auch Konferenzen stattfinden. Im Obergeschoss ist in der Blackbox die lichtempfindliche Dauerausstellung geplant, welche hauptsächlich aus lichtempfindlichen Printmedien bestünde.

Herr Schönemann bedankte sich für die Ausführungen und fragte ob die Umstrukturierung der gebäudetechnischen Erfordernisse im Budget bleiben oder die Erschließung über ein Kellergeschoss zu Mehrkosten führen würde. **Herr Assmann** antwortete, dass es keine Zusatzkosten gäbe und sogar eine Kostenersparnis vorliege. **Dr. Jost Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen** fragte, ob es dabei um eine Verzögerung der Bauzeit komme. **Herr Assmann** verneinte dies.

Herr Schönemann betont im Anschluss die große Bedeutung von Transparenz bzw. Kostenkonformität und bezieht sich dabei auch auf die steigende Akzeptanz bei den Bürgern.

Herr Dr. Melchior fragte, ob der Bereich der Wechselausstellung für hochwertige Kunstgüter aus versicherungstechnischen und klimatischen Gründen nur schwer erschließbar sei oder ob die Zwischenwände dies kompensieren.

Herr Assmann erwiderte, dass in irgendeiner Form geschlossene Räumlichkeiten geschaffen werden müssten, wenn Stücke gezeigt werden sollten, die eines konservatorischen Klimas bedürften. Für diesen Fall befänden sich entsprechende Klimatechnik in den Deckenräumen der 6 Sektoren und die beschriebenen mobilen Wände, die für jede Ausstellung neu gebaut werden würden. Der Sicherheitsaspekt war für den kurzen Transportweg entscheidend und deswegen wurden Eingang und Wechselausstellung entsprechend ausgerichtet.

Herr Schönemann betonte die Wichtigkeit der guten Kooperation zwischen den Fachausschüssen und der Stiftung Bauhaus Dessau, für die hohe Transparenz und das gute Miteinander in der Stadt im Zusammenhang mit Angelegenheiten des Bauhauses.

4.4 Sonstige Informationen und Anfragen

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt fragte ob es aus den Dezernaten oder den Ausschüssen weitere Informationen und Anfragen gebe.

Herr Dr. Melchior, Mitglied der Fraktion Liberales Bürgerforum, fragte, ob es schon verlässliche Überlegung für eine Nachnutzung der ehemaligen Südschwimmhalle gebe. **Herr Schönemann** antwortete, dass ihm diesbezüglich nichts bekannt sei, aber das Thema im Fokus wäre. Und verwies darauf, dass die alte Schwimmhalle aus wirtschaftlichen Gründen eben nicht weiter langfristig gehalten werden könne und keine Investoren bekannt seien. Investitionsvorschläge würde die Stadt Dessau-Roßlau aber positiv begleiten wollen. Ansonsten würde früher oder ein Rückbau in die Debatte eingebracht werden. **Herr Dr. Melchior** sprach die Gefahr einer möglichen Verwahrlosung des Geländes an. **Herr Schönemann** betonte, dass der Zustand des gesamten Gebietes um das Gelände durchaus als problematisch zu betrachten sei und die Quartiersqualität langfristig gesteigert werden müsse.

5 Beschlussfassungen der gemeinsamen Sitzung

5.1 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 220 "Ausstellungszentrum für das Bauhaus" - Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: BV/331/2016/III-61

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht, informierte darüber, dass am 24.10.2016 in der Stadtbezirksversammlung innenstädtische Mitte, Süd über Beschlussvorlage informiert und der Kenntnis genommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

zur Information

Der Beschlussvorschlag wurde zur Kenntnis genommen.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

9 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

- **(BV im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus
nur zur Kenntnis)**

5.2 Konzept für die Werbung auf öffentlichen Flächen der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/325/2016/III-66

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, erläuterte, dass die Veranlassung zur Erarbeitung des Werbekonzeptes die festgelegte Neuausschreibung der Werberechte nach Auslaufen der bereits verlängerten Werbeverträge der Städte Dessau und Roßlau zum 31.12.2017 war. Ziel muss es sein, spätestens bis zu diesem Zeitpunkt einen rechtssicheren und auf die Doppelstadt Dessau-Roßlau ausgerichteten einheitlichen Werbevertrag in Kraft zu setzen. Die Ausschreibung der Werberechte erfordert jedoch als Grundlage zwingend die Existenz eines vom Stadtrat beschlossenen Werbekonzepts. Die vorliegenden Unterlagen sind Ergebnis einer Arbeitsgruppe aller betroffenen Ämter. Das Werbekonzept bildet die rechtliche Basis für die Durchsetzung der Interessen der Stadt in Bezug auf sämtliche Werbeaktivitäten auf öffentlichen Flächen. Für das Ausschreibungsverfahren ist das Konzept Grundlage für inhaltliche Klarheit, für den belastbaren Standpunkt der Stadt – was ist erlaubt, was ist nicht erlaubt – an den zugelassenen Standorten. Somit werden verbindliche Grundsätze festgelegt, um geordnete, in der gewünschten Qualität gestaltete Werbung zu erreichen. Neben den Grundsätzen sollte die Stadt die Gestaltungs- und Ermessensspielräume jedoch nicht zu eng fassen, so dass weiterhin eine attraktive und wirksame Werbung noch möglich und auch zulässig ist und das Image und die Attraktivität der Stadt erhöhen kann. Grundlegend für die Imageförderung der Stadt sind gut platzierte Eigenwerbung und möglichst hohe Einnahmen zu organisieren, die aus den neu auszuschreibenden Werbeverträgen zu generieren sind. Das Werbungskonzept ist Bestandteil für die bevorstehende Neuausschreibung des zukünftigen Werbevertrages. Das Konzept wurde im Gestaltungsbeirat vorgestellt.

Auf die Nachfrage von **Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, zur genauen Festlegung der Werbung – wo, was aufgestellt werden darf, antwortete Herr Pfefferkorn. In dem Konzept sind nur die Grundsätze festgelegt mit Beispielen und das Mobiliar, welches im Bestand ist, um die diesbezüglichen Entwicklungsziele zu erkennen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies auf die unbedingte Berücksichtigung, dass die Stadt für die eigene Werbung nicht noch bezahlen muss. Ebenso erfolgte der Hinweis an die Verwaltung, bei der weiteren Bearbeitung die Vereine in Dessau-Roßlau zu bedenken. Mitunter haben es Vereine oft sehr schwer Werbung für eigene Veranstaltungen zu betreiben. Bei der Formulierung der Kriterien zur Ausschreibung sollte der Hinweis Beachtung finden.

Zur Frage nach der im Konzept bezeichneten *öffentliche Flächen und städtische Privatflächen* im Stadtgebiet bestätigte Herr Pfefferkorn, die Richtigkeit dieser Bezeichnung, da es sich hierbei um Fachausdrücke handle.

Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt, führte bzgl. der Bezeichnung der Flächen aus, dass die Stadt über öffentliche Flächen verfügt, die für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, i. d. R. die öffentlichen Verkehrsflächen. Darüber hinaus verfügt die Stadt über Flächen, die nicht für die Öffentlichkeit gedacht sind, das sind demnach die privaten Flächen. Diese sind von öffentlichen Verkehrsflächen aus sichtbar und stehen dann auch für Werbezwecke zur Verfügung. Die Flächen wurden im Zusammenhang der Konzepterarbeitung mit erfasst und dabei gibt es die Differenzierung entsprechend in der Beschlussvorlage.

Ergänzend zum Ist-Stand der Werbeflächen verwies **Frau Müller, Fraktion der CDU**, auf eine Litfaßsäule in Roßlau, an der Zerbster Brücke sowie in der Magdeburger Straße / Paulstraße.

Es gab keine weiteren Anmerkungen oder Hinweise.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: **7 : 0 : 0**

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: **8 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

5.3 Entwicklung Siedlungsgebiet Hirtenhau in der Ortschaft Kochstedt Vorlage: BV/309/2016/III-61

Auf Nachfrage zur Abstimmung im Ortschaftsrat Kochstedt teilte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, das Abstimmungsergebnis - 6/0/0 - mit.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, nahm Bezug auf die Übernahme der Kosten durch die Dessauer Wasser und Abwasser GmbH (DESWA) und verwies auf den Erschließungsvertrag mit dem ersten Eigentümer der betreffenden Grundstücke. Demnach hätte die Stadt keine Kosten gehabt. Er kritisierte nach heutiger Beschlusslage die in Bezug auf die Erschließung voraussichtlich anfallenden Kosten für die Stadt und bat um dezidierte Erläuterung.

Herr Schmieder, Abteilungsleiter Stadtentwicklung und Förderung, erklärte, dass es vorher keinen Investor und Projektentwickler gab. Ausgangspunkt war eine Beschlussvorlage im Bauausschuss, welche die Arbeitsrichtung 2010 bestimmt hat. Abstimmungen mit dem Insolvenzverwalter sind leider nicht vorangekommen, so dass die Stadt Dessau-Roßlau Schwierigkeiten mit dem bisherigen Vorhabenträger hatte. Erst mit der grundsätzlichen Möglichkeit des jetzigen Projektentwicklers war die Stadt Dessau-Roßlau in der Lage, die nicht zu Ende geführte Erschließung zu besprechen. Seitens der DESWA liegt der Stadt eine entsprechende Bereitschaftserklärung zur Sicherstellung der Entwässerung vor.

Herr Otto verwies auf die Bedingungen für den damaligen Investor hinsichtlich der kompletten Herstellung eines funktionstüchtigen Systems. Vom Grundsatz könne man die von Herrn Otto benannten Bedingungen mit dem Vorhabenträger nochmal im Rahmen der Erschließungsverträge besprechen. In Frage steht, ob der Vorhabenträger das Projekt mit diesen Bedingungen dann zu Ende führt. Die Vorverhandlungen haben eine entsprechende Beteiligung vorgesehen, so Herr Schmieder.

Herr Pätzold, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau und Vorsitzender des Ortschaftsrates, stellte die Situation in Kochstedt dar und warb um die Zustimmung der Beschlussvorlage. Der Ortschaftsrat hat die Vorlage in seiner Sitzung am 04.10.2016 einstimmig beschlossen. Nach Jahren der Stagnation der Entwicklung in diesem Gebiet ist man nunmehr froh über die Weiterentwicklung. Das Wort an Herrn Otto gerichtet, bekräftigte Herr Pätzold, um die Entwicklung voranzutreiben muss man hin und wieder auch Kompromisse eingehen. Die Entwässerung ist nicht nur in dem Siedlungsgebiet Hirtenhau ein riesiges Problem, sondern auch in den angrenzenden Bereichen. In der Hirtenhau-Siedlung existierte bisher kein Bebauungsplan, in dieser Hinsicht sollte man daher die Entwicklung voranbringen.

Herr Schönemann votierte im Rahmen der Stadtentwicklung für die Quartiersentwicklung in Kochstedt.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, bemerkte, dass seit Bekanntwerden der Entwicklungsabsichten, die Nachfragen von Interessenten bzgl. Baugrundstücke erheblich angestiegen sind.

Ergänzend führte **Herr Meister, stellvertretender Dezernent für Stadtentwicklung und Umwelt**, aus, dass in der Vergangenheit aufgrund der Insolvenz bestimmte Entwässerungssysteme nicht fertig gestellt worden sind. In diesem Zusammenhang sind entsprechende Kosten entstanden, daher ist die Stadt interessiert dieses Projekt auch mal zu Ende zu bringen. Ein wesentlicher Aspekt hinsichtlich der Kosten ist eben ein Regenrückhaltebecken. Aktuell haben wir einen Investor, der das Projekt gemeinsam mit der Stadt durchführen möchte. Das bedeutet auch, dass man gemeinsam schaut, um die Kosten diesbezüglich zu teilen. Gegenstand der Beschlussvorlage ist es einen städtebaulichen Vertrag vorzubereiten. Dabei besteht seitens der Stadträte die Möglichkeit in die Verhandlungsergebnisse einzugreifen. Für die Stadt Dessau-Roßlau nimmt Herr Meister gern den Hinweis mit, dass der Wunsch besteht, soviel Kosten wie möglich bei dem Investor abzulagern. Dies wird natürlich auch Grenzen haben. Die Auslotung der Grenzen sieht er als Aufgabe im Rahmen der Beschlussvorlage, so Herr Meister abschließend.

Herr Otto bemerkte, dass er erstens nicht erkennen könne, wie hoch der Anteil der Kosten ist, den die DESWA übernehmen soll und zweitens, wenn man sage, dass das Projekt aus städtebaulichen und wirtschaftsfördernden Gründen gefördert werden soll, dann müsse es nach seiner Meinung die Stadt fördern und nicht die DESWA. Da sonst die DESWA die Kosten auf die Bürger umlege.

In diesem Zusammenhang zum Wohnungsbau allgemein bat **Herr Hartmann, Fraktion der SPD**, um die Erarbeitung einer Übersicht hinsichtlich der Wohnbaustandorte im Stadtgebiet.

Im Fazit erklärte **Herr Meister** noch einmal die Frage von Herrn Otto zu prüfen, ob es einen Unterschied - was die Gebühren betrifft - gibt für Eigenheimbauer hinsichtlich des Baues durch die DESWA oder durch die Stadt.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: **6 : 1 : 0**

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: **7 : 1 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde ungeändert bestätigt.

**5.4 Änderungsplan Nr. 101-I(A1) "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet I (A1) an der Polysiusstraße"/Durchführung der frühzeitigen Beteiligung
Vorlage: BV/266/2016/III-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: **7 : 0 : 0**

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: **8 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**5.5 Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 195 A "Teilbereich südliche Altstadt - Feuerwehr"
Vorlage: BV/269/2016/III-61**

Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus: **7 : 0 : 0**

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt: **7 : 0 : 0**

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**5.6 Stellplatzkonzept für Wohnmobile/Grundlagenpapier
Vorlage: BV/332/2016/III-61**

Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht im Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, informierte zum Hintergrund des Stellplatzkonzeptes. Dessau-Roßlau hat sich einerseits in seinem Leitbild dazu verpflichtet, die Gastgebermentalität zu optimieren und gleichzeitig das Beherbergungsangebot zu verbessern. In der Region befinden sich gleich vier UNESCO Welterbestätten, die für den Fremdenverkehr ein sehr gutes Potenzial bieten und sowohl die Interessen von Kultur- als auch von Naturtourismus bedienen. Die Anzahl der Wohnmobilmutzer ist stetig am Wachsen. Das zeigen nicht nur die An-

fragen von Investoren in der Stadt Dessau-Roßlau, sondern auch die veröffentlichten Zahlen vom deutschen Tourismusverband. Es handelt sich hierbei eindeutig um eine wachstumsorientierte Branche. Die Erforderlichkeit des Stellplatzkonzeptes für Wohnmobile resultiert nicht nur aus der Tatsache der zwei bevorstehenden Jubiläen, sondern auch aus dem begrenzten Angebot der Stellplätze für „Wohnmobilisten“ - z. B. am Strandbad Adria und bis zu acht Fahrzeuge befinden sich am Verkehrslandeplatz – dies deutet auf einen erheblichen Nachholbedarf. Zudem werden im Internet weitere Standorte am Leopoldshafen und am Elbzollhaus beworben. Aktuell liegt der Stadt Dessau-Roßlau eine Anfrage zur Errichtung einer großflächigen Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg in Roßlau in unmittelbarer Nähe zum Erlebnisbad Roßlau vor.

Wohnmobilstellplätze werden vom deutschen Tourismusverband nach drei Hauptgruppen unterteilt. Das Hauptmotiv eines Wohnmobilstellplatzes ist die touristische Nutzung. Folglich sind die entsprechenden Standortanforderungen zu berücksichtigen. Herr Schmidt stellte neben den touristischen auch die baurechtlichen Aspekte dar. Für die weitere Untersuchung von potenziellen Standorten liegt nunmehr das Grundlagenpapier zur weiteren Vorgehensweise bei der Ausweisung von Stellplätzen für Wohnmobile im Stadtgebiet im Rahmen der städtischen Bauleitplanung vor.

Im Dialog wurden die Fragen entsprechend beantwortet.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus

7 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Zur Information

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

5.7 Aufstellung vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 64 "Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg" Vorlage: BV/333/2016/III-61

Frau Müller, Fraktion der CDU, gab aus organisatorischer Sicht den Hinweis, künftig den Ortschaftsrat vor den Sitzungen der Gremien zu beteiligen.

Herr Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, informierte, dass im Ergebnis der Abstimmung (Scoping-Termin in der letzten Woche) mit dem Vorhabenträger, neben der bekannten eine zweite Variante in die Überprüfung einbezogen werden soll (entsprechende Planbeispiele wurden in der heutigen Gremiensitzung ausgereicht und erläutert). Es soll bis zum Vorentwurf des Bebauungsplanes vertiefend untersucht werden, welche der beiden Varianten dann den Vorrang erhält. Diese Information ist mit dem Vorhabenträger abgestimmt worden, so dass beide Varianten vor Abstimmung der Beschlussvorlage den Stadträten zur Kenntnis gegeben wurden. Wenn die Information die heutige Zustimmung der Gremienmitglieder erhält, wird dieser Hinweis ebenso ergänzend in den Stadtrat eingebracht, so Herr Schmidt.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

Zur Information

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

**5.8 2. Änderung Flächennutzungsplan Roßlau für eine Wohnmobilstellplatzanlage am Hermann-Wäschke-Weg
Vorlage: BV/334/2016/III-61**

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus:

Zur Information

Die Beschlussvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt:

8 : 0 : 0

Der Beschlussvorschlag wurde einstimmig, ungeändert bestätigt.

8 Schließung der gemeinsamen Sitzung

Der nichtöffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen.

Es wurde Öffentlichkeit hergestellt.

Herr Schönemann, Ausschussvorsitzender für den Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, stellte die Öffentlichkeit wieder her und bedankte sich für die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Sitzung.

Herr Mau, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus schloss die gemeinsame Sitzung und informierte, dass der Ausschuss weiter im Raum 228 tagt.

Fortsetzung der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

9 Genehmigung der Niederschriften vom 16.08.2016 und 13.09.2016

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach Anmerkungen zur Niederschrift vom 16.08.2016.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Schönemann stelle die Niederschrift vom 16.08.2016 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **5 : 0 : 2**

Herr Schönemann fragte nach Anmerkungen zur Niederschrift vom 13.09.2016.

Herr Otto, Mitglied der Fraktion Pro Dessau, merkte an, dass er auf Seite Nr. 7 falsch zitiert wurde. Er habe nicht angemerkt, dass eine Verschiebung des Mahnmal möglich sein sollte. Richtig müsse es heißen, dass es bei den Vorgaben zum Bebauungsplan eine Festlegung enthalten war, es am Ort zu belassen, im Bedarfsfall aber eine Ortsveränderung möglich sei.

Herr Schönemann stelle die Niederschrift vom 13.09.2016 mit diesem Hinweis zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **5 : 0 : 2**

10 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der Ausschussvorsitzende **Herr Schönemann** informierte über zwei Beschlüsse, die in der Sitzung vom 13.09.2016 in nichtöffentlicher Sitzung beraten wurden.

Vergabe von Bauleistungen

Vergabe-Nr.: 71/2016 DE-R

**Hochwasserschadensbeseitigung 2013 – Sollnitzwanderweg
BV/303/2016/III-66**

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung. Das Abstimmungsergebnis war 8 : 0 : 0.

Vergabe von Bauleistungen

Verg.-Nr.: 21/2016 De-Ro

Ersatzneubau Schwimmhalle (ENB SH), Ludwigshafener Straße 30, 06842 Dessau-Roßlau

Los 28 - Badewassertechnik

Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung. Das Abstimmungsergebnis war 8 : 0 : 0.

11 Beschlussfassungen

11.1 Neufassung der Ordnung zur Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Parkgebührenordnung) Vorlage: BV/298/2016/II-32

Frau Lindner, Leiterin des Amtes für Öffentliche Sicherheit und Ordnung, führte aus, dass die Parkgebührenordnung entsprechend dem Beschluss neu erarbeitet wurden sei und dass für den Bereich des Klinikums in Sprache mit dem Klinikum abweichende Gebühren erhoben werden sollen und diese sich an denen anderer Klinikparkplätzen orientierten. Ergänzend informierte sie darüber, dass der Parkplatz im Klinikinnenbereich nun von der Klinik selbst bewirtschaftet würde und entsprechende Maßnahmen in Angriff sind. Die Gebühren im Innenstadtbereich bleiben unverändert. Die Nutzung der entsprechenden Handyfunktion für das Parken soll voraussichtlich ab dem 1. Quartal 2017 ermöglicht werden, nachdem die Mitarbeiter des Stadtordnungsdienstes mit entsprechenden Mobilfunktelefonen mit Internetzugang ausgestattet wären.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

11.2 Aufwertung Elballee Bestätigung der Arbeitsrichtung Vorlage: BV/319/2016/III-66

Herr Otto, Mitglied der Fraktion Pro Dessau-Roßlau und des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, wie die Regelung im Bereich Altenheim sein werde und wie sich das Vorhaben auf die Parksituation auswirke. Ein Lösungsansatz sehe er darin, dass man aus der gegenüberliegenden Seite an Grünfläche einen beidseitig befahrbaren Radweg bauen würde. Es gebe praktisch immer Gegenverkehr – er sehe es problematisch mit den parkenden Autos und den Radfahrern auf der Fahrbahn. Er betonte auch das aus seiner Sicht erhöhte Verkehrsaufkommen im Zeitraum von Schulbeginn und -ende. Außerdem sei eine durchgehende Trennung möglich.

Herr Pfefferkorn, Amtseiter des Tiefbauamtes, antwortete, dass auf Grundlage des geringen Verkehrsaufkommens in diesem Bereich kein reales Problem existiere und in Zukunft die Belegung noch weiter rückläufig sein werde. Die Verkehrsexperten unterstützen alle die Variante, dass Rad- und Autofahrer die Fahrbahn gemeinsam nutzen sollten, da trotz einseitigem Parken keine Gefahrenpunkte entstünden. Ebenfalls seien auch Radfahrverbände für diese Variante.

Herr Pietzsch, CDU-Fraktion, fragte nach, ob es in diesem Bereich derzeit eine generelle Geschwindigkeitsbeschränkung gibt. **Herr Pfefferkorn** verneinte dies. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte, dass das Kernproblem die Querungszonen seien, in denen erheblicher Personenverkehr entstehe. In diesen Zonen müsse man besondere Achtung walten lassen. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass in den Bereichen der Schule und des Pflegeheimes bereits eine Geschwindigkeitsreduktion auf 30 km pro Stunde existiere und dass über eine entsprechende Begrenzung für die gesamte Elballee noch nicht abschließend entschieden sei. Von der Gesetzlichkeit und der Straßenverkehrsordnung sei es aber nicht notwendig. Ob Sicherheits- und Lärmgründe dies ausreichend stichhaltig begründeten, müsse man prüfen.

Herr Dr. Melchior, Mitglied der Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen fragte, ob die Zahlen für die Verkehrsbelegung auch für den Bereich von Saarstraße und Angerstraße gelten. **Herr Pfefferkorn** meinte, dass er dazu keine konkreten Zahlen mithabe, die Zahlen für den Bereich Kreuzung Saarstraße bis Ebertallee seien etwas höher und im nördlichen Bereich etwas geringer.

Herr Otto führte aus, dass er und seine Fraktion auch in Anbetracht, dass der Elberadweg über die Elballee geführt werden soll, dafür sind, dass auf dem Grünbereich ein beidseitig befahrbarer Radweg entstünde. Er stellte außerdem die Frage, ob der alte DDR-Kanal, der unter der Elballee liege, die nächsten 20 Jahre noch Bestand habe. Außerdem fragte er, ob die neue Straßendecke so ausgelegt sei, dass sie die Bewegungen der alten Pflasterung verhindere, so dass dadurch keine Straßenschäden entstehen könnten. **Herr Pfefferkorn** führte für beide Fragen aus, dass erst Voruntersuchungen gelaufen sein und die beiden Punkte bei der Planung Berücksichtigung finden werden.

Herr Otto gab zu Protokoll dass wenn die jetzige Variante der Radwegführung beibehalten werde, er in Abstimmung mit seiner Fraktion nicht zustimmen könne. Gründe seien unter die Gesichtspunkten der Parkproblematik, der Schulproblematik und der Verlegung des internationalen Radwanderweges.

Herr Pfefferkorn betonte zum Schluss, dass hier auch ein Paradigmenwechsel in der Verkehrsplanung zu sehen sei. Für solche Situationen sei eine Trennung der Verkehrsarten nicht mehr vorgesehen. Davor müsse keine Angst haben – es sei einfach nur ungewohnt.

Herr Schönemann merkt an, dass es auch darum gehe, eine Handschrift zu hinterlegen und durch die Maßnahmen anlässlich des Bauhausjubiläum zu verdeutlichen, was von großer Bedeutung für die Stadt Dessau-Roßlau sei.

Er stellte die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

6 : 1 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

**11.3 Neufestlegung der Förderprojekte für die Antragstellung STARK III
Vorlage: BV/345/2016/III-65**

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte nach, wie der Finanzausschuss entschieden habe.

Herr Bekierz, Amtsleiter Zentrales Gebäudemanagement, antwortete dass der Finanzausschuss einstimmig die Beschlussvorlage bestätigt habe.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert bestätigt.

12 Öffentliche Anfragen und Informationen

12.1 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

12.1.1 Sachstand Kavalierstraße und Umfeld Bauhausmuseum

Herr Jähne, Projektsteuerer Bauhausmuseum/Kavalierstraße, informierte über das Bauprojekt Kavalierstraße mit dem Stand vom 30.09.2016. Das Projekt befinde sich derzeit noch in der Planungsphase, speziell in der Ausführungsplanung und Ausschreibungsvorbereitung, welches vielleicht noch 2016 geschehen könne. Aus Sicht der Bauleitung hat das Projekt an 2 Stellen Verzug, die Bereiche Qualität und Terminplanung sind aber im Plan. Beim Punkt Kosten gebe es deswegen einen Verzug, weil bezüglich des Museumsvorplatzes noch ein paar Abstimmungen mit dem Bauhaus getätigt würden und der finanzielle Aufwand der Haltestellenüberdachung noch unbekannt wäre. Einen weiteren Verzug gebe es beim Punkt Finanzierung, da das Land bei der Bearbeitung der Fördermittelanträge im Verzug ist. Eine

gesicherte Finanzierung aller Maßnahmen und Beschlüsse sei deswegen derzeit noch nicht gegeben. Im Bereich Kunst im Öffentlichen Raum laufe gerade eine Bestandsanalyse mit ersten Bewertungsansätzen im Bereich Kavaliersstraße. In diesem Zusammenhang würden auch das Opfer des Faschismus Denkmal und das Friedensdenkmal erfasst. Für November 2016 werde von einer ersten internen Konzeptabstimmung auszugehen, welche mit einem Fachplaner gemeinsam diskutiert würde, so dass ab Dezember 2016 die beteiligten Akteure der Kunst in dieses Konzept eingebunden werden können, welches zu einer Gesamtlösung führen soll. Im Januar 2017 erfolgt die Konzeptvorstellung in den weiteren Gremien.

Die Präsentation befindet sich im Anhang 5.

Herr Schönemann, Ausschussvorsitzender, bat darum, dass man in diesem Zusammenhang Erfahrungen für den Gesamtstadtbereich sammeln sollte und die Chance nutzen sollte um gestalterisch über die Quartiere zu erfassen, auf zu werten und in Szene zu setzen. Dieses bisherige Defizit muss in Angriff genommen werden. Entsprechende Mittel müssten so strukturiert werden, dass ein beispielgebendes Instrumentarium für den Einsatz in allen Stadtquartieren geschaffen würde. Er fragte, ob so etwas denkbar wäre. **Herr Jähne** bejahte dies und erklärte, dass dies beim Bauhausmuseum bereits geschehe und dass die Herangehensweise vom Stadtkern aus in die Außenbereiche quartiersmäßig zu erschließen positiv sehe. Ein städtisches Gesamtkonzept müsse sich an Beschlüsse bezüglich der Innenstadtentwicklung anlehnen. Dies werde sich beispielsweise nach dem Beschluss der Landesgartenschau anbieten.

Herr Jähne informierte außerdem, dass es zu einem Verzug bei den archäologischen Grabungen wegen den größeren Kellerräumen gekommen sei. Entsprechend seien auch Mehrkosten angefallen. Die Feldarbeit solle bis Ende Oktober 2016 angeschlossen werden und die baulichen Anlagen sollen bis 10. November zurückgebaut sein. Entsprechend der Vorkommnisse kommt es ebenfalls zu einer leichten Verzögerung beim Entfernen der Bäume und Sträucher. Bis Mitte November sollen alle Leistungen abgeschlossen sein und die Grundstücksübergabe erfolgen. Die Baufeldübergabe soll zum 1. Dezember 2016 erfolgen. Für 03/17 wäre mit der Fertigstellung der Stellplatzanlage zu rechnen.

Herr Hartmann, Fraktion der SPD, fragte, ob alles für die Haltestelle am Bauhausmuseum abgestimmt und beschlossen wurde. **Herr Jähne** antwortete, dass die Lage der Haltestelle gemeinsam abgestimmt wurde und informierte darüber, dass es für die Gestaltung dieser und des Museumsvorplatzes Beratungsgespräche mit der Stiftung Bauhaus Dessau geben werde.

12.1.2 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Amtsleiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass die Bauarbeiten planmäßig verlaufen. Es werde gerade der Überbau für die Beton-Fahrbahnplatte hergestellt und Anfang November werde betoniert. Die Straßenbauarbeiten würden zeitnah beginnen und es finden entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen für die Verlegung der Telekomleitung statt. Zum jetzigen Zeitpunkt würden außerdem die Ansetzungskanten an der Behelfsbrücke angepasst.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte nach , wann mit der konkreten Verkehrsfreigabe zu rechnen sei. **Herr Pfef-**

ferkorn antwortete, die Verkehrsfreigabe wie bereits bekannt gegeben im April 2017 erfolgen solle.

12.1.3 Sachstand Ostrandstraße

Herr Meister, Planfeststellungsbehörde, informierte, dass es zu entscheiden gelte, wie man mit den Erkenntnissen aus der Bewertung des Verkehrsentwicklungsplans umgehe. Dies sei eine politische Entscheidung. Unabhängig davon stehe die Betrachtung der Planrechtfertigung für seine behördliche Arbeit als Planfeststellungsbehörde. Bisheriger Ansatz im Rahmen der Planfeststellung war bisher ein gleich bleibendes Verkehrsvolumen in den nächsten Jahren. Die neuen Erkenntnisse aus dem Verkehrsentwicklungsplan ergeben hier ein anderes Bild, für die Planrechtfertigung müsse es aber einen nachgewiesenen Bedarf geben. Ein beschlossener Verkehrsentwicklungsplan sei deshalb für die Betrachtung der Planrechtfertigung für die Ostrandstraße wesentlich. Er müsse daher nun die weiteren politischen Diskussionen abwarten und die Beschlüsse und Erkenntnisse in seinem weiteren Verfahren berücksichtigen. In diesem Zusammenhang müsse er auch beschließen, ob eine Planrechtfertigung noch gegeben sei und daraus würden sich dann entsprechende weitere Bearbeitungsschritte ableiten.

Frau Benckenstein, Mitglied der Fraktion der AfD, erwiderte, dass sie dies ähnlich sehe. Sie schlug vor, weitere Planungsarbeiten ruhen zu lassen, bis der Ausschuss zu einem Entschluss gefasst habe. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sagte, dass es ein politischen Beschluss zeitnah erfolgen muss, da es hier um Kosten geht, die weiter fortlaufend anfallen.

Herr Pietzsch, Mitglied der Fraktion der CDU, gab zu bedenken, dass er davon ausgehe, dass wenn die Kavaliersstraße verkehrsberuhigt wäre, viele Autofahrer nach Dessau-Nord ausweichen könnten. **Herr Schönemann** entgegnete, dass dieses Szenario hinreichend Beachtung bei Überlegungen gefunden habe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass die anderen Zahlen und deren Folgen diskutiert werden müsse. **Herr Schönemann** stimmte zu, dass die Folgen dieser Zahlen bzw. dieser neuen Erkenntnisse entsprechend diskutiert und entsprechende Entscheidungen gefällt werden müssen.

Herr Meister betonte wiederholt, dass die Ergebnisse aus dem Verkehrsentwicklungsplan die Grundlage seiner weiteren behördlichen Arbeit seien. Wenn es dort festgehalten ist, dass es keine Wirkung der Ostrandstraße gibt, dann kann er als Behörde den Planfeststellungsbeschluss nicht fassen. Die Prüfung seinerseits müsse als neutrale Entscheidung als Behörde auf belastbaren Grundlagen erfolgen.

Frau Benckenstein wollte bestätigt wissen, ob Herr Meister als Planfeststellungsbehörde die Planfeststellung ablehnen könne, auch wenn der Stadtrat die Ostrandstraße wolle. **Herr Meister** bejahte dies. **Herr Otto** betonte, dass niemand diese Straße wolle, wenn sie wirklich nichts bringe. Man müsse die Politik aber richtig überzeugen.

Herr Schönemann bedankte sich für die Ausführungen und schloss die Diskussion.

12.1.4 Sonstige Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Es gab keine Wortmeldungen.

12.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, fragte, was mit dem Erdaushub an der neuen Stadtschwimmhalle passieren werde. Es gebe Befürchtungen, dass dieses abgedeckt werde, weil es stark belastet sei. **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, antwortete, dass dieses Material später komplett zur Geländemodellierung verwendet werde und die Belastung des Materials nicht schädlich sei. Stark belastetes Material sei bereits abgefahren und entsorgt. **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt** fügte hinzu, dass das Material abgedeckt werde, um es vor Feuchtigkeitsdurchdringung zu schützen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, berichtete, zwei Mitglieder seiner Fraktion hätten bereits große Sattelschlepper beobachtet, die beim Einbiegen in die ertüchtigte Lohmannstr. von der Askanischen Straße aus nicht in die richtige Spur gefunden haben und auf die Linksabbiegespur der Gegenrichtung ausweichen mussten. Er fragte deshalb nach, ob hier die Schleppkurven berücksichtigt worden sind, vor allem mit dem Hintergrund, dass hier die Ausweichstrecke für die Kavalierrstraße entlang führe.

Herr Schönemann ließ die Frage ins Protokoll aufnehmen und sie solle bis zur nächsten Ausschusssitzung geprüft werden.

14 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt bedankte sich für die gute Mitwirkung und schloss um 20:30 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 16.02.17

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt Schriftführer